

Die Entwicklung in Mittelamerika war in den letzten Wochen eigentlich überaus lebendig. Die mexikanische Regierung hat sich bisher gegen den amerikanischen Imperialismus resistent verhalten. Die Politik, die in Mexiko mit amerikanischem Geld inhiert werden, sind sämtlich gescheitert. Präsident Calles hat die Interessen der Wirtschaft völlig überwunden, ja sogar die meisten amerikanischen Petroleumgesellschaften, die in Mexiko Konzessionen besitzen, haben sich bereit erklärt, die mexikanische Gesetzgebung anzuerkennen. Damit gewinnt die mexikanische Regierung ein starkes Kontrollrecht über die fremden Kapitalisten ihres Landes. Wie ist eine solche Entwicklung möglich? Der amerikanische Imperialismus ist hundertmal stärker als die mexikanische Regierung, trotzdem schlagen die Dollarherrscher nicht zu. Die Volksmassen in den Vereinigten Staaten haben nämlich einen solchen Widerwillen gegen einen imperialistischen Krieg einzuwickeln, daß die Petroleumtrusts es nicht wagen, die Dinge auf die Spitze zu treiben. Das Beispiel Mexikos zeigt, daß ein entschlossener Widerstand gegen den modernen Imperialismus durchaus möglich ist. Auch wenn — rein materiell gerechnet — die Situation hoffnungslos erscheint. Nicht einmal in dem kleinen Hittitagua ist die nationale Kampfpartei niedergeschlagen worden, obwohl die amerikanische Flotte dort aktiv eingreift.

## Warum stürzten die Kommunisten die medlenburgische Regierung?

In der gestrigen Nummer der Dresdner Volkszeitung wird ein Wegweiser darüber angeklammert, daß die Kommunisten die medlenburgische „Einheitsregierung“ gestürzt haben. Das alte Gesetz vom Zusammengehen der Kommunisten mit der Reaktion soll die richtige Beantwortung der Frage: „Warum mußten die Kommunisten die medlenburgische Regierung stürzen?“ umgeben. Die Volkszeitung hat auch allen Grund, sich vor einer Beantwortung zu drücken, denn die Regierung stürzte über einen Etat, dessen Charakter dem arbeitervindlichen der jüdischen Koalitionsregierung vollkommen gleicht. Die sozialdemokratisch-demokratische Minderheitsregierung, die nach den neuen Wahlen die verhasste Brandenstein-Regierung ablöste, hat in wenigen Monaten die von der werktätigen Bevölkerung auf sie gesetzte Hoffnung gründlich zerstört und sich drapiert nur mit anderen Worten dieselbe Politik, die die Brandenstein-Reaktion betrieben hat, weitergeführt. Alle Anträge, die die Kommunisten zugunsten der Erwerbslosen, der Industriellen und Landproletariat und der proletarisierten Mittelklassen stellten, wurden von den Sozialdemokraten in Gemeinschaft mit den Deutschnationalen und den anderen bürgerlichen Parteien niedergestimmt. Dagegen bewilligten die Sozialdemokraten dem Großgrundbesitzern Steuern und Subventionen. Daß die Politik der Regierung die Politik der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten war, zeigte sich schon darin, daß die schwarz-weiß-rote Wirtschaftspartei bisher den Rückhalt dieser Regierung bildete. Eine weitere Unterstützung wurde der Regierung seitens der Rechten jetzt nur deshalb entzogen, weil diese eine Umbildung in der Richtung der Reichskonstellation für unzumutbar hält. Die Politik braucht auch von der Rechten nicht geändert zu werden. Dafür aber war es um so selbstverständlicher, daß die Kommunisten, die jedem arbeitervindlichen Staat einer Regierung den Kampf ansetzen, der verstoßenen Bürgerblock-Verteilung das Genick brachen. Gerade in Medlenburg kommt es darauf an, die Fronten klar zu zeigen und die Arbeiter und proletarisierten Mittelklassen Schulten an Schulten in dem politischen Kampf gegen die offene und verheißene Brandensteinpolitik zu kämpfen. Dazu geben die Neuwahlen Gelegenheit. Vor diesen Neuwahlen hat die SPD schlotternde Angst. Die neue Regierung, für die die SPD mitverantwortlich ist, hat das arbeitende Volk ebenso schändlich wie die Brandenstein-Regierung unterdrückt und ebenso schamlos die werktätigen

Massen ausgeplündert. Die Kommunisten müssen und wollen diese Abrechnung in offener politischer Kampfe durchführen, um den Werktätigen die Möglichkeit zu geben, klar zu erkennen, wer gegen und wer für ihre Interessen eintritt. Deshalb mußte die als Linksbewegung verkleidete Großbürgervertreibung gestürzt werden. Die Kommunisten werden dafür sorgen, daß auch die Rechten, die aus tatsächlichen Gründen für den kommunistischen Misstrauensantrag stimmten, sich die Finger gründlich verbrennen werden.

## 3000 Jungarbeiter verlassen die Berliner SWJ!

Berlin, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die SWJ-Gruppen Kantons 1 und 3, Pichlerberg-Kord und Wilmersdorf traten als Protest gegen den Ausschluss der Herausgeber des oppositionellen Rundbriefes geschlossen aus der SWJ aus. Ingesamt beläuft sich die Zahl der in Berlin erfolgten Protestausritte auf etwa 3000.

## Hergt u. Bekarp im Bunde mit den Verschwörern

Berlin, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die Erklärung des SWJ, daß die Artikel in der „Börsen-Zeitung“ und in der „Kölnischen Zeitung“, wonach Hergt von den Staatsrechtspolizisten der CIAH und Konsorten unterrichtet gewesen sein soll, freierfundene Behauptungen seien, kommentiert die „Börsen-Zeitung“ dahingehend, daß sie verlangt, daß auch dem Dr. Lüh, der dem Tenfeld gegenüber Äußerungen getan hat, daß Hergt und Bekarp unterrichtet gewesen sind, Gelegenheit zur Aussage vor Gericht gegeben wird.

## Widerklage im Sodenkern-Wahraun-Prozess

Berlin. (Eigene Drahtmeldung.) Im Prozess Sodenkern-Wahraun wurde von Wahraun Widerklage eingereicht, die vom Gericht zugelassen wurde. Die Verteidigung beantragte die Ladung einer Reihe von Zeugen, darunter Hauptmann Eberhard, die ebenfalls vom Gericht zugelassen wurde. Daraus resultierte die Verhandlung bis nach Ostern vertagt.

## Wieder ein Grubenunfall im Ruhrgebiet

Mühlheim (Ruhr). Auf der Zeche „Humboldt“ ereignete sich eine Schlagwetterexplosion. Drei Bergarbeiter wurden schwer verletzt.

## Blutherrschaft soll Schanghai den Imperialisten erhalten

London, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) Der neue Oberbefehlshaber von Schanghai hat das Terrorregime seines Vorgängers Sun in brutaler Weise fort. In Hunderten werden aktive Gewerkschaftsmitglieder, revolutionäre Studenten, sogar chinesische Kaufleute verhaftet. In den letzten Tagen haben wieder zahllose Hinrichtungen stattgefunden. Tschang hat seine Offiziere ermächtigt, jeden Kritiker und jeden, der dabei ertappt wird, daß er „andere verhetzt“, handrechtlich zu erschlagen. Mit besonderer Strenge wird gegen die Eisenbahner vorgegangen. Die Schreckensherrschaft spielt sich offen unter dem Schutz Englands ab. Die englischen Behörden, obwohl sie dazu die Macht haben, haben bisher keinen Finger gerührt, um dem Massenmord Einhalt zu gebieten. Nach Nachrichten aus Konstantinopel werden auf dem Balkan, besonders in Bulgarien und Griechenland, Freiwillige für China ausgerüstet. Eine Reihe Agenten in Konstantinopel wurde beauftragt, unter den dort lebenden Flüchtlingen Freiwillige für China direkt anzuwerben. Die türkische Presse protestiert scharf gegen dieses Treiben. Einer Meldung der nationalen Telegraphenagentur zufolge fanden

## Vor dem Ausbruch des Berliner Metallarbeiter-Kampfes

Berlin, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) Das Metallarbeiter hat in seiner Sitzung vom 3. März die Kündigung des Rahmentarifs Stellung genommen und dem Verband der Berliner Metallindustriellen die Forderungen der Metallarbeiter überreicht. Gefordert wird die 46 1/2-Stundenwoche. Ueberstundenarbeit soll nur mit Zustimmung der gewerkschaftlichen Betriebsvertretung, bei Zahlung eines Prozentsatzes der Ueberstunden, geleistet werden. Weiter wird gefordert das Verbot jeder Affordarbeit am stehenden Band und Verbesserungen in der Urlaubsfrage. Die Bewegung der Berliner Metallarbeiter ist durch die Ueberreichung der Forderungen in ein entscheidendes Stadium getreten.

## Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn

Berlin, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) Heute beginnen die Lohnverhandlungen zwischen der Reichsbahn-Gewerkschaft und den Eisenbahnergewerkschaften über die Regelung der Löhne und Arbeitszeit. In der heutigen Besprechung, die nur informativem Charakter haben wird, wollen die Gewerkschaften ihre Forderungen unterbreiten.

## Opfer der Arbeit

Explosionsunfall in den Kammern. Halle, 4. März. In der technischen Versuchsanstalt im Bau 24 des Kammernwerkes explodierte eine Ammonium-Sulfat-Ladung. Von den 6 in dem Räume beschäftigten Angestellten wurden 4 schwer verletzt und einer getötet.

## Kesselexplosion in einer Spiritus-Kaffinerie

Halle, 4. März. In einer hiesigen Spiritus-Kaffinerie explodierte ein Dampfkegel. Ein Heizer wurde schwer verletzt, ein Kohlentrimmer getötet.

## Zahlreiche Todesopfer bei einem Brandunglück in Lodz

Berlin, 4. März. Wie die Abendblätter aus Lodz melden, ist die Spinnelei Wolff-Trental und die Weberei Reichmann ein Raub der Flammen geworden. Die im zweiten und dritten Stock beschäftigten Arbeiter konnten den Weg ins Freie nicht mehr finden. Mehrere Arbeiter sprangen aus dem 3. Stock auf die Straße, wobei mehrere tödlich und mehrere schwer verletzt wurden. Die Zahl der Opfer ist noch nicht festgestellt, ebenso wenig die Ursache des Brandes.

## England verweigert den Chinesen die Einreise

Berlin, 5. März. (Eigene Drahtmeldung.) Das Berliner Tageblatt meldet, daß die englische Regierung den Chinesen Visa und Aufenthaltsgenehmigungen, die als Vertreter der Kommunisten-Partei an dem Brüssel Antifaschist-Kongress teilnehmen, die Einreise nach England verweigert. Die Chinesen waren von der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands eingeladen.

## Umzingelung der chinesischen Nordarmee

London, 5. März. (Telunion.) Der Gouverneur von Anhui, der die Unabhängigkeit der Provinz erklärte, hat sich den Kantoneern angeschlossen. Auf seinen Befehl wurde die Eisenbahnlinie Tientsin-Peking unterbrochen, so daß die Hauptmacht der Nordarmee von ihren Operationsbasen abgeschnitten ist und Verstärkungen für Schanghai nicht herangezogen werden können. Gleichzeitig greifen die Kantoneer in westlicher Richtung an, um nach Tschang und Anhui Zählung anzunehmen.

## Die ersten englischen Kriegskredite

Die englische Regierung hat im Parlament beantragt, eine vorläufige Summe von 500.000 Pfund Sterling für den Chinafeldzug zu bewilligen. 500.000 Pfund Sterling davon werden allein für die Truppentransporte benötigt.

## Genosse Oswald Groß gestorben

Gestern nacht starb nach langem Schmerzenslager der Genosse Oswald Groß, Bezirksliteraturmann der SPD Ostschlesien. Genosse Groß war einer von den alten oppositionellen SPD-Arbeitern, die bei Ausbruch des Krieges erkannten, in welchen Sumpf die Reformisten und der Parteivorstand die Arbeiterklasse führten. Er trat während des Krieges in die USF ein und kämpfte seit Gründung der kommunistischen Partei für den Anschluss. Im Bezirk Ostschlesien trug Oswald mit dazu bei, daß das Gros der Mitgliedschaft sich für die Kamintern entschied, für die Vereinigung mit dem Spartakusbund. Trotz seiner jahrelangen Krankheit, eine Folge der Kriegstrapazen und einer Verhinderung, trotz der daraus entstandenen körperlichen Schwäche war er unermüdet Tag und Nacht tätig für die Befreiungsbewegung des Proletariats. Als Metallarbeiter und Werftarbeiter gemacht, verfügte er über große Erfahrungen im täglichen Kleinkampf der Arbeiter. Der große Haß der Dresdener Bourgeoisie gegen ihn kennzeichnete sich durch die zahlreichen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen, die er über sich ergehen lassen mußte. Während des Parteiverbots 1923/24 hat gerade er mit großem Opfer für den Betrieb der kommunistischen Literatur gearbeitet. Die Bourgeoisie hat jetzt ein Hochverratsverfahren gegen ihn anhängig gemacht. Der Tod entziffert ihr das Opfer. Genosse Groß war in der Partei rühmlicher Funktionär. Jede ihm übertragene Arbeit erfüllte er mit größtem Bewußtsein. Er war beliebt bei den Genossen des ganzen Bezirks und genoss über die Partei hinaus großes Ansehen bei den sozialdemokratischen Arbeitern und Funktionären. Unsere Partei verliert mit Oswald Groß einen pflichtbewußten, erfahrenen Funktionär und einen aufrichtigen Kampfgenossen. Wir ehren sein Andenken, indem wir mit demselben Bewußtsein, mit derselben Treue für die Partei den Kampf um die Interessen der Arbeiterklasse fortsetzen.

## Der Gaukonferenz des Roten Frauen- und Mädchenbundes zum Gruß!

Morgen tritt in Dresden die Gaukonferenz des Roten Frauen- und Mädchenbundes zu erster Beratung zusammen. Diese junge Organisation in der deutschen Arbeiterbewegung entstand durch den verzehnten Druck des Kapitals auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Gerade die Frauen haben in der gegenwärtigen Zeit außerordentlich schwer zu leiden durch die kapitalistische Rationalisierung. Die Frau muß mit dem arbeitslosen Lohn, den der Arbeiter nach Hause bringt, für die Ernährung, Kleidung und Wohnung der Familie sorgen. Sie ist gezwungen, jeden einzelnen Groschen zehnmal umzudrehen, bevor sie ihn ausgibt. Sie muß zusehen, wie ihre Kinder unterernährt, jeder Krankheit zum Opfer fallen. Auf ihren Schultern lastet am schwersten das Elend der proletarischen Familie. Alles, was die Menschheit an Kultur geschaffen hat, sei es in der Malerei, in der Plastik, Literatur oder Musik, ist der Arbeiterfrau nicht zugänglich. Vom frühen Morgen bis in die späte Nacht ist sie gezwungen, zu arbeiten, um einigermaßen den arbeitslosen Haushalt aufrecht zu erhalten. Keine Minute Zeit, keinen Pfennig Geld hat die proletarische Mutter, um sich auch die bescheidenste Erholung zu gönnen. Abgeschlossen von der Welt, müht sie sich ihr ganzes Leben lang. Die Armut, das Elend machen ihr die Mutterlast zur Qual. Die ausbeutende Klasse zwingt sie außerdem, unter Androhung von Strafen, zu gebären.

Die Statistiken der letzten Jahre zeigen, daß die Frau und das Kind mehr wie bisher noch als Ausbeutungsobjekt in den Produktionsprozess hineingezogen werden. Der niedrige Lohn und die durch die Jahrhundertlange anerzogene Beherrschung der proletarischen Frau machen sie zu dem billigsten und willigsten Ausbeutungsobjekt. Wie gewaltig die Bedeutung der Frau im Produktionsprozess ist, das beweist, daß allein in Dresden 35 Prozent aller Frauen erwerbstätig sind. Die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaftsbürokratie haben alles daran gesetzt, die Bourgeoisie in der Verstärkung der Ausbeutung gegenüber der Arbeiterfrau zu unterstützen. Die Reformisten haben selbst dort, wo sie die Möglichkeit hatten, nichts getan, auch nur im geringsten die Leiden der Arbeiterin zu mildern.

Die Erfahrungen in den Jahren des Krieges und der Nachkriegszeit zwingen die Frauen, ebenfalls einen Ausweg aus ihrer elenden Lage zu suchen und sich eine Organisation zu schaffen, die diesen Kampf zu führen die Aufgabe hat.

Zwei Tage vor dem Beginn der Internationalen Frauenwoche tritt die Gaukonferenz zusammen. Sie hat

sich die Aufgabe gestellt, die bisherigen Erfahrungen der Organisationsarbeit zu überprüfen und für die nächsten Monate die Aufgaben zu unterziehen. Die erste Aufgabe ist, den Kampf gegen das Joch des Kapitalismus Schulten an Schulten mit den Männern des Proletariats zu führen. Die Befreiung der Frau ist ein Teil der Befreiung der gesamten proletarischen Klasse. Eine der wichtigsten Aufgaben in der Linie dieses Kampfes ist

### der Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

Dieser Kampf wird nach zwei Richtungen geführt werden müssen und zwar: 1. um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse; und 2. in einer breiten, jähren Agitationsarbeit gegen den imperialistischen Krieg. Dieser Kampf wird geführt werden müssen in erster Linie durch eine verstärkte Tätigkeit der Mitglieder in den Betrieben und in den Gewerkschaften, um die internationale gewerkschaftliche Einheitsfront gegen die kapitalistische Offensive, für die Erhöhung der Löhne und gleiche Löhne für gleiche Arbeit, für den Achtstundentag, gegen die Stoffelung der Erwerbslosenunterstützung, die ganz besonders die Unterernährung der Frauen herabsetzen würde.

An den Kämpfen, die geführt werden für Verkürzung der Arbeitszeit und höhere Löhne sind nicht nur die Frauen interessiert, die selbst im Produktionsprozess stehen, sondern Aufgabe aller Hausfrauen ist es, ihre Männer in diesem Kampfe aktiv zu unterstützen, wie zum Beispiel besonders die Frauen bei dem Bergarbeiterstreik in England.

Weiterhin werden Maßnahmen beschlossen werden müssen zum Kampf für ausreichenden Schutz für Mutter und Kind, gegen die Schandparagrafen 218/19.

Ganz besonders werden die proletarischen Frauen aufgerufen werden müssen zum Kampf gegen die Erhöhung der Mieten.

Die Delegierten des Roten Frauen- und Mädchenbundes werden trotz der Jugend dieser Organisation Wege des Kampfes gegen die bestehenden Verhältnisse zu finden wissen. Die proletarische Frau hat, das lehrt die internationale Arbeiterbewegung, ganz besonders aber der heroische Kampf der russischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen, verstanden, in schwierigen Situationen allen Vermittlungen zum Trotz ihre Aufgaben zu erfüllen.

Die Beratungen der Gaukonferenz werden dazu beitragen, die Organisation zu festigen und schlagkräftig zu gestalten. Als ein Teil der gesamten proletarischen Bewegung wird der RWFB seine Aufgaben gegenüber unserer Klasse zu erfüllen in der Lage sein.

# Frauendemonstration

am Sonntag, den 6. März  
mittags 1.30 Uhr auf dem  
Fischhofplatz unter Mitwirkung  
der Schalmeyntabelle des RWFB.

RWB, RWB, RWFB, RWB

Der Beob...

Genosse...

Die...

Die...

Die...

Die...

Die...

Die...

Die...

Die...

Die...

Die...

Die...

Die...